

II— 327 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1941

1976 -02- 26

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Marga HUBINEK
und Genossen
an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Alkoholismus bei Jugendlichen

Mit großer Besorgnis wird ein Ansteigen des Alkoholismus bei Jugendlichen registriert. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat im Kampf gegen den ansteigenden Alkoholkonsum eine Broschüre unter dem Titel "Die Flasche ist kein Ausweg" herausgebracht, die über die schädlichen Wirkungen informieren soll. Da diese Broschüre die gefährdeten Jugendlichen offensichtlich nicht erreicht oder nicht beeindruckt, muß zu drastischeren Maßnahmen Zuflucht genommen werden.

So kann festgestellt werden, daß insbesonders die Gaststätten in der Umgebung von Schulen nach Schulschluß von Jugendlichen stark frequentiert werden und dort Alkohol verabreicht wird.

Nun bieten die Jugendschutzgesetze der Länder genügend Handhabe, den Alkoholismus zu untersagen, sofern die Jugendlichen unter jene Alterstruppe fallen, der den Alkoholgenuß zumindest in der Öffentlichkeit untersagt ist.

Es wird jedoch vermerkt, daß die Exekutive diesem Problem anscheinend keine Bedeutung beimißt und die Einhaltung der Bestimmungen der Jugendschutzgesetze kaum kontrolliert.

Es werden weder alkoholisierte Jugendliche angehalten noch eine Ausweisleistung verlangt, wenn Jugendliche in den Nachtstunden auf öffentlichen Plätzen angetroffen werden. Bekanntlich regeln die Jugendschutzgesetze eindeutig, wie lange sich Jugendliche in den Nachtstunden in der Öffentlichkeit aufhalten dürfen.

Nun ist bekannt, daß die Vollziehung der Jugendschutzgesetze in die Kompetenz der Länder fällt, doch muß es für die Regierung und alle verantwortungsbewußten Erzieher ein echtes Anliegen darstellen, ein Ansteigen des Alkoholismus bei gefährdeten Jugendlichen zu verhindern. Da aber ohne Unterstützung der Exekutive

kein Erfolg erzielt werden kann, richten die gefertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die

A n f r a g e:

Sind Sie bereit, sich bei den Landesregierungen zu wenden, daß mit Hilfe der Jugendschutzgesetze ein weiterer Schritt im Kampf gegen den Alkoholismus erzielt wird?